

## Pressezentrum

---

Sperrfrist: 27. Mai 2017 11.00 Uhr  
Projekt: Podienreihe Frieden  
Veranstaltung: **Wieviel Krieg braucht der Frieden?**  
*Gewalt und Gewaltfreiheit im Umgang mit Konflikten*  
Zeit, Ort: Sa. 11.00 – 13.00, CityCube, Ebene 2, Halle B, Messe Berlin, Charlottenburg (594 | E1)  
Referent/in: **Prof. Dr. Véronique Zanetti, Philosophin, Bielefeld**

---

Meine Damen und Herren,

liebe Kirchentagsgemeinde:

### **Wie viel Krieg braucht der Frieden?**

Die Veranstalter haben das Thema heute Vormittag keineswegs zynisch, sondern tief sinnig formuliert.

Der Satz ist eine Anspielung an dem berühmten Sprichwort von Cicero: „Wenn du Frieden willst, rüste zum Krieg.“ Ich werde einen ganz anderen Akzent setzen: Wenn du Frieden willst, schaffe die Gründe des Krieges ab. In Anlehnung an dem größten deutschen Philosophen Kant, werde ich zeigen, dass ein innerstaatlicher Friede ohne einen globalen Frieden instabil ist. Und ein globaler Frieden braucht globale, verbindliche, aber gerechte Institutionen.

Unsere Welt scheint wieder einmal aus den Fugen zu sein. In Syrien, im Jemen, in Afghanistan, Sudan, Libyen – um nur einige akute Kriegsschauplätze beim Namen zu nennen – sind Millionen Menschen die Geiseln fortwährender Kämpfe.

Und längst haben diese Konflikte Europa erreicht. Völkermigrationen und terroristische Angriffe erschüttern die Grundlage unserer Gesellschaften.

Und wir, auf unserer privilegierten Insel: Wir sind fleißig damit beschäftigt aufzugeben, was die Nachkriegsgeneration nach den traumatisierenden Erlebnissen zweier Weltkriege mühsam aufgebaut hatte.

- Nationale Egoismen werden wieder hoffähig.
- Der Ruf nach Polizeischutz und Grenzsicherung wird lauter.
- Ressentiments gegenüber Fremden nehmen zu.

Der Erhalt einer toleranten, demokratischen, postnationalen Europäischen Union ist in Gefahr.

Es ist also gegenwärtig um den Frieden nicht sonderlich gut bestellt – weder um den äußeren, noch um den inneren Frieden.

Da ich heute hier als Philosophin stehe, möchte ich genau auf diese zwei Aspekte eingehen:

- Auf die gesellschaftliche Rechtsordnung, die für Frieden innerhalb eines Gemeinwesens sorgt;
- und auf die internationale Rechtsordnung, die Frieden zwischen den Staaten verbürgt.

Ich werde mich dabei auf zwei bedeutende Philosophen stützen, auf Thomas Hobbes und auf Immanuel Kant.

1651 veröffentlichte **Thomas Hobbes** seine berühmte Schrift **Leviathan**. Es ist ein Schlüsseltext der modernen politischen Philosophie. Das Werk ist von der Grundsatzfrage getrieben und beseelt: Wie lässt sich das kriegerische Naturell der Menschen durch Regeln zügeln? Und zwar durch Regeln, die die Menschen nicht von oben empfangen, sondern die sie sich selbst geben. Während er sein überragendes Werk schrieb, wurde Europa durch den Dreißigjährigen Religionskrieg zwischen Katholiken und Protestanten erschüttert. Und als Kant 1795 „Zum ewigen Frieden“ verfasste, tobten die Revolutionskriege.

Ich komme zu meinem **ersten Aspekt** – die gesellschaftliche Ordnung und der innerstaatliche Friede:

Es ist ein wesentlicher Gedanke der politischen Philosophie der Moderne, dass die individuelle Freiheit sich selbst vernichtet, wenn ihr nicht durch die Rechtsordnung Schranken auferlegt werden.

Die Rechtsordnung besteht in nichts anderem als in der Begrenzung der Einzelfreiheit durch die Freiheit aller anderen. Kant hat dafür die berühmte Formel vorgeschlagen: *Handle so, dass Deine Freiheit mit der Freiheit von jedermann nach einem allgemeinen Gesetz bestehen kann.*

Das ist ein Paradox werden Sie sagen, denn die Gesetze schränken die individuellen Freiheiten doch ein.

Noch einmal: Sowohl der gesellschaftliche Friede wie die individuelle Freiheit lassen sich nur durch eine gesetzliche Ordnung konkretisieren und garantieren. Aber nicht durch irgendeine beliebige Ordnung. Hobbes und Kant sind darum so beeindruckend modern, weil sie Folgendes klarstellten:

Gesetze sind dann – und nur dann – legitim, wenn sie das Ergebnis einer Entscheidung sind, an der alle Betroffenen gleichberechtigt teilhaben. Solange eine gerechte Ordnung die Interessen aller berücksichtigt, gibt sie niemandem Anlass, seine Ansprüche gewalttätig durchzusetzen.

Nun, werden einige sagen: Damit eine Demokratie gut funktioniert, müssen die Staatsgrenzen zunächst einmal klar bestimmt sein, und das Interesse der Staatsbürger muss den Vorrang vor dem von Ausländern haben. Tatsächlich neigen Staaten dazu, den Kreis derjenigen, deren Interesse zählt, auf die eigenen Bürger einzuschränken. Demokratien tendieren sogar strukturell zum Egoismus; denn um gewählt zu werden, müssen sich die Politiker ihren Wählern als „Volks-Vertreter“ beweisen, denen das Interesse der eigenen Bevölkerung am Herzen liegt. Diese Verbindlichkeit gegenüber dem eigenen Staat ist verständlich und berechtigt.

Es war allerdings eine weitere großartige Einsicht Kants, dass das Band zwischen Frieden und Gerechtigkeit im Inneren ohne eine entsprechende Geltung im Außenbereich instabil ist.

Damit bin ich bereits bei meinem **zweiten Aspekt** – der äußeren Dimension des Friedens und den Herausforderungen an die internationale Friedensordnung.

Hobbes und Kant geben uns eine unübertroffen aktuelle Deutung des Begriffs Friede. Wir können darunter nämlich zweierlei verstehen:

Mit Blick auf die Außenpolitik meinen wir zum einen die Beendigung eines Konflikts mit Hilfe eines Friedensvertrages.

In diesem Kontext hat ‚Friede‘ eine negative Bedeutung. Gemeint ist die Abwesenheit von Gewalt. Und so verstand es Hobbes: Friede herrscht, wenn die Kanonen schweigen – wenn Gewalttätigkeit durch öffentliche Ordnung bezwungen wird.

Ein von der internationalen Politik bevorzugtes Mittel, dies zu erreichen, ist das Bedrohungs-Gleichgewicht. Es ist uns allen vertraut aus der Zeit des kalten Krieges. Und es hat nach einer kurzen Ära der internationalen Entspannung erneut seinen privilegierten Platz im strategischen Denken der Außenpolitik zurückerobert. Denken Sie nur an den in diesen Tagen unterzeichneten Aufrüstungsvertrag zwischen Amerika und Saudi-Arabien. Hunderte von Milliarden für Waffen, um Iran in Schach zu halten. Kann das eine Lösung zum dauerhaften Frieden sein?

Vielleicht werden Sie sagen: Was ist verkehrt am Gedanken des Bedrohungs-Gleichgewichts? Wäre ein militärisches Gleichgewicht nicht besser für Millionen von Menschen, die Tag für Tag direkt oder indirekt unter Waffenbeschuss leben?

Mag sein.

Vielleicht sollten wir den Korb nicht zu hoch hängen und uns mit einem Ziel bescheiden, das inzwischen selbst schon wie eine Utopie erscheint: nämlich der gewaltfreien Koexistenz. Dabei dürfen wir aber eine Erkenntnis nicht ignorieren – nämlich eine bittere Lehre aus den Migrationsströmen der letzten Jahre:

Die Instabilität auf Erden gründet wesentlich in der enormen Kluft zwischen Reich und Arm.

Damit bin ich bei der anderen Dimension des Begriffs ‚Friede‘.

‚Friede‘ meint nämlich nicht nur die Abwesenheit von Gewalt, sondern auch die Herrschaft einer gerechten politischen und sozialen Ordnung.

Ein Friede, auf den wieder ein Krieg folgt – so Kant – ist lediglich ein Waffenstillstand. ‚Friede‘ im strengen Sinn bedeutet aber das Ende aller Feindseligkeiten. Damit der Friede also kein Interims-Zustand bis zum nächsten Krieg ist, müssen – so Kant – alle objektiv vorhandenen Gründe zum künftigen Krieg beseitigt sein.

Während der Begriff ‚*negativer Friede*‘ also die Abwesenheit direkter Gewalt bezeichnet, setzt seine positive Auslegung auf das Ende von fundamentaler Ungerechtigkeit. Ohne gut funktionierende, verbindliche, aber gerechte internationale Institutionen, gibt es keinen stabilen Frieden zwischen Staaten.

**Innerstaatlicher** Friede und **interstaatlicher** Friede bedingen einander.

Was sind aber nun die objektiv vorhandenen Gründe für künftige Kriege?

Neben den altbekannten Konflikt-Mechanismen, bei denen schon immer ideologische und religiöse Differenzen eine Rolle gespielt haben, bilden extreme Armut und die wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen das größte Pulverfass, auf dem wir sitzen.

Bis zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat kaum ein Philosoph über Armut nachgedacht – von Marx abgesehen, der im Klassenkonflikt den Ursprung aller Kriege sah.

Dieser Blick muss erweitert werden. Und sei es auch nur aus pragmatischen – ja sogar egoistischen – Gründen, weil wir im Interesse des eigenen Überlebens gar keine Wahl haben. Niemand weiß es besser, als wir hier in Deutschland, dass sich ein Staat und eine Gesellschaft nicht einmauern können. Man kann Europa nicht durch eine hohe Mauer abschirmen. Man kann es nicht. Und man darf es nicht wollen.

Nun investieren liberale Nationen massiv Geld in ihre innere und äußere Sicherheit sowie in humanitäre Interventionen. Aber das sind einseitige Antworten auf unkontrollierbar gewordene Krisen – Krisen und Konflikte, die von den westlichen Mächten oft sogar provoziert oder zumindest mitverantwortet worden sind.

Ich will in diesem Zusammenhang lediglich auf zwei Mechanismen verweisen:

- zum einen auf die ökonomisch-strukturelle Ausbeutung;
- zum anderen auf die Ausbeutung durch Interventionen.

Zur *strukturellen Ausbeutung* nur ein Beispiel:

Die Architektur des internationalen Rechts besteht aus Konventionen und Abkommen für Handel, geistiges Eigentum, Arbeitsbedingungen und vieles mehr. Diese Regelungen haben einen bedeutenden Einfluss auf den Lebensstandard der betroffenen Personen und Länder. Sie werden allerdings vor allem von reichen Nationen ausgehandelt und dienen in erster Linie deren Interessen.

Den afrikanischen Ländern zum Beispiel gehen durch Exportsubventionen aus den EU-Ländern oder durch den Verlust an Exportgelegenheiten aufgrund des Zoll-Protektionismus der reichen Länder jährlich Hunderte von Milliarden Dollar an Exporteinkünften verloren.

Und jeder Einspruch gegen die unfairen WTO-Regeln würde scheitern, denn eine Klage gegen die USA oder EU hat null Chancen auf Erfolg.

Der Aspekt *Ausbeutung durch Intervention* ist noch komplexer: Für das Entstehen gewalttätiger Konflikte ist in vielen Fällen der Zusammenhang zwischen den Aktionen reicher Länder und den Re-Aktionen armer Länder unstrittig.

Genügend Anschauungsmaterial bietet die interventionistische Politik des Westens im Nahen Osten –

angefangen vom Sturz des demokratisch gewählten iranischen Präsidenten Mossadegh 1953, provoziert durch die Allianz zwischen England und den USA – bis hin zur Beseitigung des libyschen Diktators Gaddafi 2011.

Der Interventionismus des Westens hat zum Zerfall von Staaten geführt, zum Erstarken radikaler islamistischer Bewegungen und nicht zuletzt zur Flucht von Millionen Heimat- und Hoffnungsloser.

Es ist ein politischer Skandal und eine moralische Bankrotterklärung, dass in der gegenwärtig dramatischen Situation weder die USA, noch Großbritannien Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan oder Irak in nennenswerter Anzahl aufnehmen. Jahrzehnte lang haben sie dort, wie nahezu überall, interveniert. Und jetzt isolieren sie sich mit Parolen wie „*America first*“ und „*Leave EU*“.

Ich will abschließend noch einmal betonen, dass ein stabiler Friede *innerhalb* von Staaten wie auch zwischen den Staaten, Regeln des Zusammenlebens und der Kooperation verlangt.

Und funktionieren kann so ein Regelwerk nur, wenn die Interessen aller Betroffenen berücksichtigt, wenn die Konditionen *für alle gleichermaßen* fair sind.

Demokratien dürfen sich nicht auf die Schultern klopfen, weil sie die Menschenrechte so hochhalten, wenn sie es zugleich völlig in Ordnung finden, dass ihre politischen Vertreter auf internationalem Schauplatz einseitig die

Interessen ihrer Gemeinschaft gegen andere durchsetzen, und das sogar mit Gewalt. Wo immer Schädigungen identifiziert werden, an denen wir aktiv beteiligt sind, gebietet die Moral unser Gegensteuern. Das gebietet sogar die bloße Klugheit; denn die Zeiten, in denen es uns egal sein konnte, was in den weniger entwickelten Ländern passiert, sind ein für allemal vorbei. Ich hoffe, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen, Sie denken nun nicht, dass ich mit der Arroganz derjenigen spreche, die in einem philosophischen *Lehnstuhl* sitzt und sich in akademische Betrachtungen flüchtet.

Ich bekenne freimütig, dass ich nicht in der Haut von politischen Entscheidern stecken möchte, die das letzte Wort in Sachen Aufrüstung, Abrüstung oder humanitärer Intervention sprechen zu müssen.

Es gibt nämlich moralische Konflikte, die nicht zu lösen sind, ohne dass man sich dabei die Hände schmutzig macht.

Aber wir haben gesehen: Für einen Teil des Welt-Elends sind wir wenigstens mit verantwortlich. Und Friede ist eine globale Verpflichtung. Es gibt keine Entschuldigung fürs Einigeln in die nationale Nische.

Und schon gar keinen Grund, sich die Hände in Unschuld zu waschen.

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz, <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>